

Strasburger Zeitung.

Erscheint wöchentlich 6 mal, Morgens.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Strassburg bei C. B. Langer und D. Falzer 2 R. - M., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 R. - M. 50 Pfennige.

Inseraten - Annahme auswärts:

Berlin: Hasenstein & Vogler, Rudolf Woffe, Central-Annoncen-Bureau der deutschen Zeitungen, Bernhard Arndt, Leipzigerstr., G. L. Daube & Co. und sämtliche Filialen dieser Firmen.

Insertionsgebühr:

die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf. Inseraten - Annahme in Strassburg bei C. B. Langer und D. Falzer sowie in Thorn, bei Exped. der Thormer Ostdeutschen Ztg., Brückenstraße

Reformveränderungen in der Unterrichts-Verwaltung.

Von den bevorstehenden Reformveränderungen wird auch die Unterrichts-Verwaltung in der Beziehung betroffen, daß sie einen Zuwachs ihrer Befugnisse durch die Unterordnung auch des technischen Unterrichts unter ihr Ressort erfährt. Damit wäre aussehend der erste Schritt zur Schaffung eines eigenen, alle Zweige des Unterrichts umfassenden Unterrichts-Ministeriums geschehen. Wie bekannt, hatte bisher in Preußen fast jedes Ministerium seine Unterrichtsabtheilung, das Cultus-Ministerium für das Elementar- und Schulwesen, die Gymnasien, Realschulen und Universitäten, das Handels-Ministerium für den technischen Unterricht, das Finanzministerium für die Forst- und Akademie, das landwirthschaftliche Ministerium für die landwirthschaftlichen Lehranstalten, das Kriegs-Ministerium für die Militär-Bildungsanstalten. Daß eine solche Zersplitterung manche Nachteile mit sich führt, das auf diese Weise manche schwierige, pädagogische Frage von Leuten entschieden werden muß, die diesen Dingen fern stehen, daß daher in den Unterrichts-Anstalten der Fachministerien manches Experiment gemacht worden ist, dessen Erfolg den Schulmännern von vornherein sehr zweifelhaft war, wer möchte dies leugnen? Daher stammt denn auch die weitverbreitete Stimmung für die Unification des gesammten Unterrichtswezens in einer Hand.

Doch hat die Sache auch noch eine andere Seite. Wir wollen nicht zu großes Gewicht auf den Wettstreit der einzelnen Ministerien legen, welcher freilich ab und zu dazu geführt hat, einzelnen Anstalten und Unterrichtszweigen besonders reichliche Geldmittel zufließen zu lassen. Wir wollen auch nicht annehmen, daß bei Vereinigung des ganzen Unterrichts in nur einer Hand leicht eine gewisse Einseitigkeit des Systems Platz greifen könnte. Allein darauf müssen wir doch jetzt schon aufmerksam machen, daß es die Aufgabe aller der vorhin aufgeführten, bis jetzt dem Unterrichtsministerium nicht unterstellten Schulen ist, Männer für

das praktische Leben der einzelnen technischen Fächer auszubilden. Die hierdurch bedingten Anforderungen des Fachs kann aber nur der dauernd richtig beurtheilen, der mitten im Fach drin steht, der nicht nur einmal sich damit vertraut gemacht hat, sondern der beständig mit den stets wechselnden Formen und Bedürfnissen desselben in Verbindung bleibt. Diese Verbindung besteht heute in den betreffenden Ministerien, in einem ausschließlichen Unterrichtsministerium könnte sie leicht verloren gehen und dann wäre der Nutzen der Unification in dem gewonnenen pädagogischen Geschick auf die Gefahr unpraktischer Unterrichtsrichtungen doch zu theuer erkauft.

Ohne daher für heute uns schon entschieden gegen eine solche Vereinigung aussprechen zu wollen, müssen wir doch Garantien verlangen, welche eine ständige Einwirkung der Fachministerien oder der Fachleute auf die betreffenden Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung sichern. Solche Garantien können ja in sehr verschiedener Weise gefunden werden, sei es in der Mitwirkung technischer Rätthe aus den einzelnen Ministerien der Unterrichtsverwaltung, sei es schließlich — und das scheint uns eine sehr beachtenswerthe Idee — in der Schaffung eines Oberstudienrathes als oberster beratender Behörde für alle Unterrichtsfragen, welcher aus den Ministerialbeamten, Direktoren der verschiedenen Schulen, hervorragenden Fachleuten u. zusammengesetzt, zu allen prinzipiell einschneidenden Maßregeln der Unterrichtsverwaltung sein Botum abzugeben hätte.

Deutschland.

Berlin, 4. November.

Der Kronprinz begehrt am 5. Novbr. das 25jährige Jubiläum seines Eintritts in den Freimaurerorden, in welchem er jetzt, als Vertreter seines Vaters die höchste Stelle einnimmt. Die Berliner Logen haben zu Ehren dieses Tages eine besondere Festfeier veranstaltet.

Die Nat.-Z. versichert, daß das Allgemeinbefinden des Kaisers ein erfreuliches ist.

Der Kaiser wird sich am Sonnabend, 9. November, nach Wiesbaden begeben und dort im Laufe des Nachmittags eintreffen. Für den 13. November ist dort die Ankunft des Königs und der Königin von Württemberg gemeldet. Der Aufenthalt des Kaisers in Wiesbaden ist bis zum 30. November bemessen, an diesem Tage wird sich Se. Majestät nach Karlsruhe zur Theilnahme an der Einsegnungsfeier der Prinzessin Viktoria von Baden, seiner Enkelin, begeben.

Aus Berlin, 4. November wird uns geschrieben. Heute Abend findet in dem Palais des Reichskanzlers die Polterabendfeier der Gräfin Marie mit dem Grafen Cuno v. Kanau statt. Die Festlichkeit wird in demselben Saale abgehalten werden in welchem die Sitzungen des Congresses stattfanden. Sie beginnt um 9 1/2 Uhr und sind zu derselben 150 Einladungen ergangen. Die Hochzeitsfeier findet am Mittwoch und zwar im engsten Familienkreise statt. Unter den zu dieser Feier geladenen 50 Personen befinden sich nur die nächsten Verwandten der beiden in Verbindung tretenden Familien und außerdem der Kriegsminister v. Ramede und der Staatsminister v. Bülow. Die Einsegnung des Brautpaares erfolgt in dem großen Festsaal des Hotels durch den Hof- und Garnisonprediger Frommel. Die Nachricht daß Dr. Sydow die Trauung vollziehen werde, ist irthümlich; ebenso irthümlich sind auch Nachrichten welche über die Wittgibt in Kurs gesetzt sind, die der Fürst dem jungen Paare gewährt.

Das „Badener Wochenblatt“ veröffentlicht folgenden Allerhöchsten Erlaß des Kaisers: „Wenn ich auch schon Gelegenheit gehabt habe, der Kaiserin und Königin und meine Anerkennung über die Uns bei Unserer Ankunft am 28. und dann am 30. v. M. hier selbst so aufrichtig dargebrachten Gesinnungen auszusprechen, so können wir es Uns doch jetzt beim Scheiden von hier nicht versagen, Ihnen, Herr Bürgermeister, den Herren Stadtrathen und der gesammten Einwohnerschaft Unsern lebhaften Dank für die sympa-

thischen Kundgebungen zu wiederholen, welche Uns, als Zeichen der Anhänglichkeit, während der Dauer des Aufenthaltes in dieser durch langjährige Erinnerungen Uns so werth gewordenen Stadt entgegengebracht sind; und ersuche Ich Sie Herr Oberbürgermeister, allen Theilhabenden diesen Dank in Unserem Namen auszusprechen zu wollen. Baden, den 30. Okt. 1878. Wilhelm. An den Oberbürgermeister der Stadt Baden, Herrn, Gönner.

Wie der B.-C. erfährt, ist gestern Abend die Ernennung des Grafen Hermann Wartenleben, bisher Generalmajor im Generalstab, zum Commandeur von Berlin erfolgt. Bisher wurde dieser Posten stets als eine Art Ruheposten für ältere höhere verdiente Offiziere angesehen. Graf Wartenleben ist dagegen erst 52 Jahre alt und gilt als einer der bestbefähigten Offiziere des preussischen Generalstabes, als einer derjenigen, von denen man behauptet, daß sie alle Anwartschaft darauf besäßen, einst Nachfolger des Grafen Moltke in der Leitung des großen Generalstabes zu werden; überdies gilt Graf Wartenleben auch als einer der schneidigsten Offiziere. Er ist übrigens ein Schwiegerjohn des Generals von Pöbbeck.

Wie die „Post“ hört, ist ein Gesetzentwurf wegen Sicherstellung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten in Vorbereitung; derselbe liegt aber noch nicht dem Bundesrath vor.

Gerechtes Befremden — schreibt man der „B. Ztg.“ — erregt in hiesigen und wohl auch in auswärtigen künstlerischen Kreisen eine Maßnahme, zu der der Director der Commission für die Beschickung der deutschen Kunstausstellung in Paris augenscheinlich im Stadium äußerster Verlegenheit seine Zuflucht hat nehmen lassen. Derselbe will, nachdem es sich herausgestellt, daß die Kosten für die Beschickung der Ausstellung nicht gedeckt worden sind, diese Deckung dadurch herbeiführen, daß er von jedem ausstellenden Künstler für jedes von demselben ausgestellte Bild die Summe von 10 Mk. erhebt. Es ist ohne weiteres klar, daß diese Finanzoperation lediglich ein Product peinlichster Rathlosigkeit ist. Abge-

Der 11. Protestantentag zu Hildesheim.

Die hohe Aufgabe und die Ziele des Protestantentages sind namentlich in unserer Stadt noch so wenig gekannt, andererseits werden dieselben von gewisser Seite so verdächtigt, daß es wohl angemessen erscheinen dürfte, über die am 9. v. M. stattgehabten Verhandlungen des Protestantentages Näheres mitzutheilen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht; die Verhandlungen leitete Herr Stadtrath Dr. Tschow aus Berlin ein, indem er an einen bedeutenden Ausspruch Luthers erinnerte: „alle Christen sind wahrhaft geistlichen Standes“ und führte dann aus, daß der Protestantentag weit davon entfernt sei, etwa an die Stelle einer alten, überlebten Glaubenslehre eine neue freisinnige setzen zu wollen, er erkläre nur, daß das ganze Gebiet der Lehre Sache des einzelnen Gewissens sei.

Die erste zur Verhandlung gebrachte Frage war über „Bekennnissfreiheit und Gemeindegewalt.“ Die Bekennnissfrage ist für den Protestantentag schon eine alte Frage und doch steht sie immer wieder von Neuem auf der Tagesordnung. Leider sorgen die Kirchenregierungen dafür, daß immer wieder von Neuem gesagt werden muß, was protestantisches Recht ist. Die Fälle gewaltsamer Unterdrückung der Lehrfreiheit, Maßregelungen und Absetzungen freisinniger Prediger sind nie ausgegangen, aber von großer, allgemeiner Bedeutung ist diese Frage geworden, seitdem die auffallendsten Beispiele uns zeigen, daß man im Mittelpunkte des deutschen politischen Lebens, der dazu berufen sein sollte, auch der Mittelpunkt des protestantischen kirchlichen Lebens in der Zukunft

zu werden, keineswegs auf dem Wege ist, das Recht der Gewissen anzuerkennen, auf dem allein eine Kirche der Zukunft denkbar ist.

Der Prediger und Abgeordnete Richter (Mariendorf bei Berlin) legte in gewandter und eingehender Darstellung die Sachlage und die Grundzüge des Bekenntnisses dar und faßte seine Gedanken in folgende, von den Ausschüssen geprüfte und gebilligte Sätze nieder:

I. Die Grenzen der kirchlichen Lehrfreiheit werden bestimmt: 1) durch die Aufgabe des Pfarramts, das Evangelium Jesu der christlichen Gemeinde zu verkündigen; 2) durch den Grundsatz unserer evangelischen Kirche, daß das Evangelium Jesu allein in der heiligen Schrift sicher bezeugt ist.

II. Die geschichtlichen Bekenntnisse der alten Kirche sowie der Reformation sind Zeugnisse der christlichen Lehre aus der Erkenntniß ihrer Zeit, daher ehrwürdige Denkmäler der geschichtlichen Entwicklung der Kirche, aber nicht verpflichtende Normen für den Glauben der Gegenwart.

III. Protestantische Synoden haben nicht die Befugniß, die durch die Reformation zur Geltung gebrachten Grundlagen der Lehrfreiheit (Absatz I.) abzuändern. Jeder Versuch, nach dreihundertjähriger Entwicklung unserer evangelischen Kirche durch Mehrheitsbeschlüsse einen Bekenntnisschwang aufzurichten, würde vorausichtlich Kirche und Gemeinden zersprengen.

IV. Die Ausübung des Aufsichtsrechts in den bezeichneten Grenzen gebührt kirchlichen Organen. Die Gemeinde hat im betr. Falle das Recht, in ihren berufenen Vertretern zuerst gehört zu werden. In Sachen der Lehre steht den Landesherren eine Entscheidung nicht zu. Die Lehrer der theologischen Wissenschaft unter-

stehen der kirchlichen Aufsicht nicht. Die zur Ausübung des Aufsichtsrechts berufenen kirchlichen Organe müssen die Gleichberechtigung der verschiedenen auf dem Boden des Evangeliums erwachsenen Richtungen offen anerkennen und auch ihrerseits die Einigkeit im Geiste zwischen denselben pflegen.

V. Es ist ein verderblicher Mißbrauch des kirchlichen Aufsichtsrechts, wenn mit dem Buchstaben der Bekenntnisse über Glauben und Gewissen gerichtet, das freie Wahlrecht der Gemeinde verkümmert und da, wo Geistliche und Gemeindeorgane einig sind, der Friede gestört wird.

Eine Verschiedenheit der Ansichten erhob sich darüber, wo in Fällen, wo eine Anlage auf Mißbrauch der Lehrfreiheit vorliegt, die entscheidende Instanz liegen soll, ob in der Gesamtgemeinde und ihren Organen oder in der Einzelgemeinde. Der Gegensatz zog sich durch alle Verhandlungen hindurch und zeigt sich am schärfsten in der öffentlichen Verhandlung. Professor Pfleiderer aus Berlin trat für die letztere Ansicht sehr lebhaft ein. Die Mehrheit hat sich dieser Ansicht nicht angeschlossen; sie wollte an der Idee einer Landeskirche unter allen Umständen festhalten.

Um so entschiedener stimmten aber Alle im großen Grundprinzip der Lehrfreiheit zusammen und dieser Einstimmigkeit wurde durch eine von Dr. Mauchot aus Bremen schwungvoll begründete Resolution Ausdruck gegeben, welche also lautet:

„Der Protestantentag vermahnt sich aufs neue gegen den Vorwurf, daß er Lehrwillkür in der evangelischen Kirche einzuführen suche. Er fordert vielmehr, daß ein evangelisches Kirchen-Regiment alle die-

jenigen Kräfte zum Dienste an der Kirche sammle, welche auf dem Grunde des Evangeliums Jesu und im Einklang mit den Grundsätzen der Reformation die Gottesfurcht in unserm Volke wecken und lebendig erhalten wollen. Während diese Forderung in kleineren deutschen Landeskirchen von den Kirchenregierungen längst anerkannt ist, gehen von Kirchenbehörden des größten deutschen Staates bedauerliche Maßnahmen aus, welche die unserer Kirche zu Gebote stehenden Kräfte zerstreuen und schwächen, statt sie zusammenzuschließen und zu vermehren. Daß die kaum verfassungsmäßig festgestellten Gemeindegewalt durch Vorgänge, wie in der Jakobi-Gemeinde zu Berlin, thatsächlich wieder aufgehoben werden, muß in den Gemeinden Unmuth und Erbitterung erregen, während Erlasse des evangelischen Oberkirchenraths mit eigenmächtigen Bestimmungen über die Grenzen der Lehrfreiheit auf viele verdiente Geistliche einen unberechtigten Gewissensdruck legen und tüchtige junge Kräfte vom geistlichen Stande zurückdrängen. Der Protestantentag bittet jeden deutschen evangelischen Christen, wess Standes er sei, vor Gott zu erwägen, daß wir nur durch ein einiges, von Vertrauen, Geduld und Liebe getragenes Zusammenfassen der religiösen Kraft des deutschen Protestantismus stark genug werden, um unser Volk von den Abwegen eines gottentfremdeten Materialismus zurückzuhalten und die Angriffe der römischen Kirche zurückzuweisen.“

Das zweite Thema lautete: „Die Religion und ihre grundlegende Bedeutung für das Volksleben.“ Gleichfalls ein Thema, welches den bittersten Erfahrungen der Gegenwart ent-

